

8. Dialogreihe „Gesundheitliche Chancengleichheit – Im Gespräch mit Wissenschaft und Praxis“ zum Thema „Empowerment in der Gesundheitsförderung: Wege zu Mitbestimmung und demokratischer Teilhabe“ am 11.11.2024

Kurzdokumentation der Interviewrunde

Die abschließende Interviewrunde bot wertvolle Einblicke in die Erfolgsfaktoren für Empowerment in der Gesundheitsförderung. Ein zentraler Aspekt war die Bedeutung der **„umweltbezogenen Verfahrensgerechtigkeit“**, die sicherstellen soll, dass von Umweltbelastungen betroffene Bürger*innen eine Stimme in öffentlichen Entscheidungsprozessen erhalten. Wichtig dabei ist es, dass sie als **Lebensweltexpert*innen** wahrgenommen werden und ihre Anliegen auch tatsächlich in die politische Agenda einfließen.

Es wurde hervorgehoben, dass transparente Entscheidungsstrukturen und niedrigschwellige Beteiligungsformate notwendige Voraussetzungen für Empowerment sind. Dies geht Hand in Hand mit einer entsprechenden **Haltung der Akteure**. Hierfür ist ein Paradigmenwechsel hin zu einer Perspektive, die Systeme und deren Zugangshürden statt vermeintlich schwer erreichbarer Zielgruppen in den Fokus stellt, notwendig. Als positives Beispiel wurde die Gemeinde Steinbach angeführt, wo eine integrative Kommunikation des Quartiersmanagements dazu beiträgt, dass Vielfalt als Stärke wahrgenommen wird. Die Anerkennung der unterschiedlichen Lebensgeschichten und Fähigkeiten der Bürger*innen stärkt das Selbstbewusstsein und fördert ein inklusives und „warmes“ Miteinander über Generationen und Kulturen hinweg. Solche Rahmenbedingungen ermöglichen eine stärkere Beteiligung und schaffen konkrete Veränderungen vor Ort, wie am Beispiel von Butzbach zu sehen ist, wo Bürger*innen zusammen mit der Verwaltung Veränderungen in der Gemeinde bewirken konnten.

Konkret wurden niedrigschwellige Maßnahmen, wie offene Türen, einfache Kontaktmöglichkeiten, erreichbare Treffpunkte und die Bereitstellung von notwendigem Equipment als Schlüsselrolle für die Selbstorganisation und das Empowerment von Bürger*innen hervorgehoben. Diese Maßnahmen erleichtern den Zugang zu öffentlichen Ressourcen und fördern die Partizipation. Hierbei wurde auch die Bedeutung von Ansprechbarkeit und der Vermeidung von Hürden wie sprachlichen Barrieren hervorgehoben. Um die Ergebnisse von Partizipation erfahrbar zu machen, können **Verfügungsfonds auf Quartiersebene** eine große Hilfe sein. Dadurch können selbstbestimmt kleinere Maßnahmen umgesetzt werden und partizipative Prozesse für alle unmittelbar erfahrbar gemacht werden. Dies stärkt wiederum die Selbstwirksamkeit der Dialoggruppe und wirkt sich positiv auf künftige Partizipationsprozesse aus.

Eine vollständige **Selbstbestimmung** in dieser Hinsicht ist in unterschiedlichem Maße erreichbar und eine Frage des Erwartungshorizonts. Auch kleine Erfolge in Richtung Selbstbestimmung sollten gefeiert werden, da sie das Empowerment der Einzelnen fördern. Der Gedanke, dass selbstbestimmte Individuen auch ihre Familien und Gemeinschaften stärken können, wurde als positiv bewertet. Fachkräfte in der Gesundheitsförderung bleiben dabei eine essenzielle Unterstützung, da sie die Komplexität und spezifische Herausforderungen adressieren können.

Abschließend wurde der Wert von Veranstaltungen und gemeinsamen Aktivitäten zur Förderung von Vernetzung und Empowerment betont. Durch die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und die Förderung von lokalen Projekten, etwa durch Verfügungsfonds, können Bürger*innen direkt und schnell Veränderungen vor Ort bewirken. Ein praxisorientierter Ansatz, der auf Zugänglichkeit und Transparenz setzt, ist entscheidend für die Förderung von Selbstorganisation, Empowerment und (demokratische) Teilhabe.